

Jetzt geht es ans Eingemachte

Das war mal wieder eine Sitzung im Rathaus. Ein Zuschauer meinte: „Die ziehen heute alles durch!“ und so war es dann auch. Der Banker Burkhard Ziegler, den die Demonstranten auf der Rathauptreppe noch als Pinochio bezeichneten, ist jetzt der Erste Stadtrat. Für die DKP/LL sagte dazu Gerd Schulmeyer: „... angesichts seines Hintergrundes befürchte ich, dass jetzt soziale Aspekte auf der Strecke bleiben“.

SPD, Freie Wähler und FDP hörten auf keine Einwände, Steuern und Abgaben wurden rücksichtslos erhöht. Mörfelden-Walldorf liegt jetzt bei den Kindergartengebühren im Vergleich mit anderen Kommunen an der Spitze. Kein Gedanke, dass es hier auch Menschen gibt, die den Euro noch

zweimal umdrehen, ehe sie ihn ausgeben können. Im Bund macht der Kanzlerkandidat der SPD auf „Partei der kleinen Leute“. Wer die Debatten im Rathaus hörte, erlebte die SPD anders. Dort galt: Sozialabbau pur. Nicht nur beim Grundsteuer-B-Hebesatz, sondern auch bei den Kita-Beiträgen. Gleichzeitig werden in den Betreuungseinrichtungen aber weitere 5,5 Erzieher/-innen-Stellen wegfallen, nachdem dort zuletzt schon 10 Stellen gekürzt wurden.

Dauerkarten-Inhaber des Waldschwimmbades werden nicht mehr den Badesee mitbesuchen dürfen, dafür ist nun eine neue, natürlich teure-



re, Doppel-Dauerkarte erforderlich. Vereine und Privatpersonen, die Räume im Bürgerhaus, der Stadthalle oder den Gewölbekeller beim Goldenen Apfel anmieten, werden stärker zur Kasse gebeten, der große Saal wird z.B. um 100 Euro teurer. Für die genutzten Tische

und Stühle muß künftig noch extra gezahlt werden. Besonders schlimm ist aber der Versuch, den schwächsten Mitgliedern der Stadtgesellschaft, den Stadtpaßinhabern, auch noch etwas abzunehmen. Nicht nur, dass der eingesparte Gesamtbetrag mehr als lächerlich ist - die jetzt geforderten Nachweise, dass von bestimmten Organisationen und Institutionen keine Zuwendungen gewährt wurden, erlegen den Betroffenen auch noch unwürdige und unnötige bürokratische Belastungen auf. Auch auf Seiten der Stadt wird der bürokratische Aufwand steigen, denn die vorgelegten Dokumente müssen ja geprüft werden.

Es gibt Kürzungen bei der kommunalen Entwicklungshilfe, obgleich hierfür auch in der Vergangenheit ohnehin nur ein geringer Betrag aufgewendet wurde. Die SPD/FW/FDP-Koalition dreht weiter an der Gebührenschaube. Das ist offenbar einfacher, als die Politiker der eigenen Partei auf Bundes- und Landesebene auf eine angemessene, den Aufgaben entsprechende Finanzierung der Kommunen zu verpflichten.

Man darf das alles nicht vergessen!



Im Rathaus Walldorf protestierten Bürgerinnen und Bürger gegen Sozialabbau.

Mehr Geld für Städte und Gemeinden

Die DKP/LL-Fraktion brachte zum Haushaltsplan 2017 einen Antrag ein, der die Probleme benennt.

Hier heißt es: „Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden-Walldorf beschließt folgende Resolution zur Weiterleitung an die Fraktionen des Hessischen Landtags und des Bundestags, die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung:

Mehr Geld für Städte und Gemeinden

Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat - wie die meisten Kommunen - ein Einnahmeproblem.

Die hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Die Forderung nach mehr Geld für die Kommunen ist deshalb unverzichtbar. Unter dem „Schutzschirm“ wurden in unserer Stadt wie in vielen hessischen Kommunen die Grundsteuer B und andere Steuern, Kitagebühren,

Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen u.v.a.m. drastisch erhöht. Andere Städte und Gemeinden haben neue Steuern eingeführt und gleichzeitig wichtige Einrichtungen wie Bibliotheken, Bürgerhäuser und Schwimmbäder geschlossen, ohne damit einem „nachhaltigen“ Haushaltsausgleich näher zu kommen. Gestrichene oder aufgeschobene öffentliche Leistungen und Investitionen kommen die Kommunen schon jetzt - erst recht in Zukunft - teuer zu stehen. Es geht an die Substanz. Geringverdiener werden von dieser Entwicklung besonders hart getroffen. Sie werden über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Nicht nur ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vieler Kinder werden weiter eingeschränkt. Wir halten das für den falschen Weg. Wir weisen jeden weiteren Abbau notwendiger kommunaler Leistungen, immer höhere Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner und weitere Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung zurück. Die kommunale Infrastruktur ist auch zur Integration der Menschen unver-



zichtbar, die als Flüchtlinge und Asylbewerber in unserer Stadt aufgenommen werden. Dazu gehört vor allem bezahlbarer Wohnraum im Eigentum der Stadt. Dafür wird mehr Geld gebraucht.

Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf fordert deshalb:

- Vollständige Entschuldung der Kommunen mit Hilfe des Landes, des Bundes und der Banken, ohne die Bevölkerung weiter finanziell zu belasten;
- volle Kostenübernahme aller den Kommunen übertragenen Aufgaben, insbesondere für Bau und Unterhaltung von Kindertagesstätten und die KITA-Betreuung;
- Rücknahme der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Städte und Gemeinden bei der Neuberechnung;
- Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung durch einen erhöhten Anteil an den Steuereinnahmen.“

Der Antrag wurde von der SPD, den Freien Wählern, der FDP und der CDU abgelehnt.

KURZ UND KNAPP

Fahrstuhlräger

Ein Aufzug hat eine Lebensdauer von 20-25 Jahren, sagen Fachleute. Der Aufzug in der Wohnanlage Schubertstraße 33 ist 27 Jahre alt. Und so läuft er auch: Im letzten halben Jahr blieb er öfter mal zwischen den Stockwerken stecken, Türen öffneten sich nicht, eine Dame bekam sogar einen elektrischen Schlag. Reparaturen dauerten wochenlang, weil

Ersatzteile nicht beschaffbar waren. Das alles wäre vielleicht zu ertragen, wenn es ein „normales“ Gebäude wäre. Hier aber wohnen Senioren, viele davon sind auf Rollstuhl und



Rollator und damit auf den Fahrstuhl angewiesen.

So kam es, dass Bewohner des ersten Stockes Arzttermine absagen mussten, weil der Fahrstuhl nicht ging, manche kamen wochenlang nicht aus ihrer Wohnung heraus. Im Moment – toi toi toi – läuft der Fahrstuhl wieder, und der TÜV war auch da.

Aber: Die nächsten Pannen sind absehbar, solange nur dann repariert wird, wenn's mal wieder einen Notfall gab. Das ist Flickschusterei. Die alte Anlage muß von Grund auf saniert werden.

KOMMUNALES

Koalition beschließt Erhöhung der Kita-Gebühren um sechs Prozent

Ab dem 1. April wird es teurer. Der Vorschlag kam aus der neuen Koalition aus SPD, Freien Wählern und FDP und wurde mit ihren Stimmen beschlossen. Die Reden, die man an diesem Abend hörte, sollte man sich aufheben. „Natürlich ist das nicht schön, wenn Eltern für die Kita-Nutzung mehr zahlen müssen“, sagte Carsten Röcken (FDP). Aber irgendjemand müsse nun einmal dafür aufkommen, meinte er noch. Er weiß offenbar nichts davon, dass in vielen Kommunen und Ländern die Kitas kostenlos sind, weil sie wie Schulen einen Bildungsauftrag haben.

„Wir haben ein hohes Betreuungs-niveau, und das soll gehalten werden“, meinte Joachim Rommel (Freie Wähler). Diesen Zynismus muss man nicht kommentieren. Hauptsache

jetzt: Kosteneinsparungen - fügte er hinzu. Das belastet vor allem die dort Beschäftigten - also höhere Gebühren „für schlechteren Service“.

Dietmar Treber (DKP/LL) erklärte dazu: „Vor Ort leben viele Menschen, die wenig Geld haben. Ihnen tut eine Mehrbelastung besonders weh.“

Er warf den Freien Wählern einen Kurswechsel um 180 Grad vor. So sei Sophie Schmauß im Kitabeirat eine glühende Gegnerin von höheren Gebühren gewesen, jetzt sitze sie für die Freien Wähler im Magistrat und beschliesst Erhöhungen. Außerdem habe Burkhard Ziegler vor der Wahl ein Ende der Erhöhungen gefordert und mache nun das Gegenteil.

Zu den Erhöhungen meinte SPD-Fraktionsvorsitzender Alexander Best:

„Es sind Dinge, die wir nicht wollen!“

Noch Fragen zu dieser Schizophrenie? Frederic Krahn (FW) will sich für ein gutes Miteinander einsetzen. Die Belastungen für die Bürger bezeichnete Frederic Krahn als „kurzfristig, maßvoll und leicht“. Diesen Satz muss man sich merken.

FDP-Fraktionschef Carsten Röcken zu all den neuen Belastungen: „So legt man den Grundstein für eine bessere Zukunft“. Wo lebt der denn?

„Allein mit Sparen ist der Haushalt nicht zu sanieren“, sagte DKP/LL-Fraktionsvorsitzender Gerd Schulmeyer dazu - und das ist richtig. Es brauche mehr Geld von Land und Bund. Weil aber hohe Einkommen geschont und zu gering besteuert würden, fehle es am Geld für Kommunen. Die erneuten Erhöhungen und Sparmaßnahmen gingen an die Substanz, vor allem bei Geringverdienern.

Dann stand aber noch was Wichtiges in der Presse:

„Es gab wegen der Anhebung der Grundsteuer B vor Beginn der Sitzung des Stadtparlaments noch eine Protestaktion, zu der die DKP/LL aufgerufen hatte. ...

Die kleinen Protestplakate waren recht kreativ.“

Wer die Plakate haben will, kann sich beim „blickpunkt“ melden.

Geheimnis

Der Gewölbekeller hinter dem Goldenen Apfel, ein beliebter Ort für Kulturveranstaltungen, ist technisch auf der Höhe der Zeit: Er hat eine Behindertentoilette. Wie allerdings Rollstuhlfahrer diese Treppe hinunter kommen sollen, bleibt ein Geheimnis.



Seit Jahren verteilt die DKP am 8. März in unserer Stadt zum Frauentag hunderte rote Nelken. Am 18. März ist ein weiterer wichtiger Termin:

Equal Pay Day

Am 18. März findet bereits zum 10. Mal der „Equal Pay Day“ statt. Bis zum 18. März im Jahr müssen heute Frauen nämlich arbeiten, um das Gehaltsniveau eines männlichen Kollegen aus dem Vorjahr zu erreichen.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist in unserem Grundgesetz festgeschrieben. Seit Jahren ist die Stärkung der Rechte von Frauen in Bereichen, in denen diese Gleichberechtigung faktisch nicht vorhanden ist, zu beobachten.

Vor allem hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nur wenig für die Angleichung der Löhne getan. Es klafft weiterhin eine 21%-Lücke zwischen Männern

und Frauen. Um endlich wirklich von Gleichbehandlung sprechen zu können und um endlich jeder Frau tatsächlich die Möglichkeit zu geben, sich losgelöst vom veralteten Familienbild entfalten zu können, führt kein Weg an der Schließung dieser Lücke vorbei. Die Losung bleibt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Der VdK als größter Sozialverband in Deutschland wird auch dieses Jahr wieder mit zahlreichen Veranstaltungen rund um den 18. März auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam machen.

Kommt zum Infostand am 18. März, ab 8 Uhr am Marktplatz in Groß Gerau!

blickpunkt jugend



Neueröffnung im Juz Walldorf

Am 11.2. hat das neugestaltete Juz in Walldorf seine Pforten geöffnet. Ab sofort kann wieder dreimal die Woche in der Lounge gechillt oder im Zockerraum gedaddelt werden. Zusätzlich haben die Jugendlichen die Möglichkeit, jeden Dienstag im haus-eigenen mobilen Aufnahmestudio Songs zu recorden. Dieses Angebot, sowie zahlreiche Workshops vor Ort werden von den drei Hauptamtlichen Mitarbeitern des Juz zusammen mit vier Teamern, die jeweils einige Stunden die Woche arbeiten, sowie einer Praktikantin und einer Bundesfreiwilligendienstlerin gestemmt.

In den letzten Jahren hatte das Juz mit schwindenden Besucherzahlen zu kämpfen und suchte nach der Aussage von Philipp Gempe, einem der drei Hauptamtlichen, der außerdem noch als Streetworker für die Stadt tätig ist, nach einem neuen Konzept. Auf ihrer Facebookseite konnte man in den vergangenen Wochen dann beobachten, wie den Worten Taten folgten und das Juz Walldorf renoviert wurde. Außer den wöchentlichen Angeboten bietet das Juz jetzt auch wieder eine billige Alternative für Jugendliche, die beispielsweise ihren Geburtstag vor Ort feiern möchten. Wir vom „blickpunkt“ finden, dass ihre Arbeit unabdingbar für die Jugendarbeit in Walldorf ist und sind vom Tatendrang aller Beteiligten beeindruckt.

Klar ist, dass in den letzten Jahren die Förderung für das Juz stark zurückgeschraubt wurde. Aus ursprünglich ca. 20 möglichen Teamerstellen wurden vier. Es wurde sogar eine Zeitlang diskutiert, nur noch einen Bfd'ler für Mörfelden und Walldorf, d.h. für das JuKuz Mörfelden und das Juz Walldorf

zusammen zu beschäftigen. Auch deshalb sind aus den ursprünglichen fünf offenen Tagen pro Woche drei geworden.

Was sich Philipp Gempe und sein Team wünschen würden, wäre die Möglichkeit, wieder jeden Wochentag geöffnet zu haben und: „Den Kids die Möglichkeit zu geben hier abzuhängen, zu quatschen“ Die Atmosphäre vor Ort beschreibt er als familiär, als

große Gemeinschaft. Diesen Eindruck habe ich bei meinem Besuch auch erhalten.

Ein Traum des Teams wäre ein städtisch subventioniertes Straßenfest am Juz Walldorf, um die Walldorfer auf die Angebote vor Ort aufmerksam zu machen. Es heißt, die Stadt sei unter dem „Schutzschirm“. An der falschen Ecke darf man aber nicht sparen. TB



Solidarität mit den Beschäftigten bei Opel

Bei Opel in Deutschland arbeiten mehr als 19.000 Menschen. Opel gehört seit dem Jahre 1929 der US-Firma General Motors. Viele Menschen in unserer Stadt haben im Stammwerk Rüsselsheim gearbeitet oder sind noch dort beschäftigt.

Im letzten Jahr machte General Motors 12 Milliarden Profit. Die Sorge um die Arbeitsplätze gibt es schon lange. (Foto aus Rüsselsheim aus dem Jahr 2008).

Nun bangt man erneut um tausende Arbeitsplätze. Die Beschäftigten wussten nichts von den monatelangen Geheimverhandlungen mit dem französischen Autobauer PSA.

In den letzten Jahren gab es viele Versprechungen von General Motors. Trotzdem wurden in Europa zahlreiche Niederlassungen geschlossen. In Rüsselsheim verzichteten die Beschäftigten auf 30% ihrer Löhne. Es hat nichts genützt. Erneut geht es um gewaltige Veränderungen, bei denen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

„Wir müssen sehen, dass wir uns mit den französischen Kollegen zusammenschließen und um den Erhalt unserer Arbeitsplätze kämpfen“, sagte ein Opel-er aus Rüsselsheim.

Wir sollten auf allen Ebenen Solidarität zeigen mit der vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Belegschaft.

02.-05.
JUNI
2017

FESTIVAL
DER JUGEND

LESERBRIEF

Die Koalition von SPD/FW/FDP schlägt wieder zu. Die Erhöhung der Grundsteuer und die Anhebung der Kitagebühren (dazu Streichung von 5,5 Stellen) empören die Bürger. Versprochen waren: keine Steuer- und Gebührenerhöhungen. Da helfen auch keine Erklärungen zu der Kostensituation. Die Kitas würden, so die Aussage, 9,2 Mil. Euro pro anno kosten. Nur 17,6% würden die Elternbeiträge erbringen. Da wird ein wenig getrickt! Seit ein paar Jahren hat die Stadt auf „doppische“ Haushaltsführung umgestellt. Da werden in das „Produkt“ Kitas auch die sog. kalkulatorischen Kosten eingerechnet. Das sind die Verzinsung des Anlagekapitals und die Abschreibung. Die Anwendung von Rechnungsmodellen der Privatwirtschaft haben aber im sozialen Bereich der Stadt nichts zu suchen. Eine Stadt kann man nicht wie einen Konzern führen. Und mit dem Slogan „raus aus dem Schulden“ schwindelt der neue Kämmerer. Der anvisierte „ausgeglichene Haushalt“ wird erkaufte durch herbe Sparmaßnahmen, Wegfall von freiwilligen Leistungen, Verschieben von dringenden Investitionen und Kürzungen im sozialen Bereich. Dass die Kommunen allgemein an Schwindsucht leiden, weil die finanzielle Ausstattung mit steigenden Aufgaben nicht Schritt hält, darüber wird in Koalitionskreisen nicht geredet. Und wenn sich an der Finanzverteilung nichts ändert, wird auch der Schuldenabbau nur eine Wunschvorstellung bleiben. Rudi Dötsch

Wilhelm Hammann unvergessen



Im Februar war der 120. Geburtstag von Wilhelm Hammann. In Groß-Gerau fand aus diesem Anlass eine Gedenkfeier statt (wir berichten in der nächsten Ausgabe). Der Lehrer Wilhelm Hammann, geboren am 25. Februar 1897, war Kommunist und ein weit bekannter Hessischer Landtagsabgeordneter vor 1933. Im April 1933 wurde er von den Nazis verhaftet kam ins Zuchthaus Rockenberg und wurde dann am 27. August 1938 ins Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert. Er bekam die Häftlings-Nr. 1224. In Buchenwald war er Blockältester im Kinderblock 8 und rettete u.a. 159 jüdischen Kindern das Leben. Am 11. April 1945 konnte er „seine“ Kinder in die Freiheit führen. Im Juli 1945 wählte ihn eine Versammlung von Bürgermeistern, fast ausschließlich Sozialdemokraten, zum ersten Landrat des Kreises Groß-Gerau. Am 17. Oktober 1945 erhielt er seine Ernennungsurkunde. Im März 1984 bekam Hammann in Israel den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“. In Yad Vashem gibt es seit dieser Zeit eine Gedenktafel für Wilhelm Hammann, dem Lehrer aus unserem Landkreis.

Gerade gelesen



„Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden. Die Linke und das Regieren“.

Ein Buch zur rechten Zeit. Die Diskussion um eine Regierungsbeteiligung der Linken ist entbrannt.

Welche Erfahrungen haben Linke als Mitregierende gemacht? Ein großer Bogen wird geschlagen vom Ende des 19. Jahrhunderts, als Alexandre Millerand 1899 in Frankreich vor dem Hintergrund der Dreyfus-Affäre in die Regierung Waldeck-Rousseau eintrat, bis zur Neuzeit der BRD.

Die Beteiligung von Linken in den Regierungen in Brasilien, Frankreich, Italien (Aufstieg und Niedergang der Rifondazione Comunista), England, Skandinavien, Griechenland bilden den Beweis, dass die Linke nur verlieren kann, wenn sie durch Verhinderung oder Abschwächung von Knebelgesetzen Verschlimmerungen für die arbeitende Bevölkerung erkämpft, ohne die Hauptursachen: die Herrschaft des Kapitals anzugreifen. Die Linke in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, NRW, Thüringen, Brandenburg und Hessen werden analysiert. „Rote Haltelinien“, die gezogen werden und doch Verhandlungsgegenstand in Koalitionsverhandlungen sind, könnten umgangen oder verwässert werden. Sind die Linken letztlich so nur Verwalter der Armut/der Misere? Schließlich die Frage: Sollen sozialistische Parteien Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder sollen Regierungsämter übernommen werden, wenn sie zum Sturz des kapitalistischen Systems eingesetzt werden? Oder auch gar nicht? Kann die Linke mehr sein, als der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus?

Die „roten Haltelinien“ wären: Nein zur Kriegsbeteiligung deutscher Soldaten im Ausland; Natomitgliedschaft; gerechtes Steuersystem; Erbschaftssteuer; Hartz-IV-Gesetzgebung beseitigen . . .

Erschienen im PapyRossa-Verlag

14,90 Euro

Viele Bürgerinnen und Bürger merken, wie wichtig die Informationen im „blickpunkt“ sind. Immer wieder wird uns das in Gesprächen gesagt.

Wir freuen uns über jede Spende für den „blickpunkt“ und stellen auf Wunsch Spendenquittungen aus.

Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG,
IBAN DE37 5085 2553 0009 0034 19



Die Stadt Mörfelden-Walldorf macht kaum noch Einwohnerversammlungen. Sie weiß warum: Es ist „Dampf auf dem Kessel“. Bei der Versammlung der DKP/LL zum Thema Grundsteuer B in der Stadthalle konnte es jeder erleben.



Aufruf zum Ostermarsch

Die vom 14. bis zum 17. April 2017 stattfindenden Ostermärsche sollen ein Zeichen setzen gegen die aktuellen Kriege und Konflikteskalationen. Auch in Frankfurt wollen wir demonstrativ deutlich machen, dass die beabsichtigte Ausweitung des Kriegsgeschehens - und der deutschen Beteiligung daran - nicht unwidersprochen hingenommen wird. Der Frankfurter Ostermarsch 2017 steht unter der Überschrift: „Die Waffen nieder“.

Die Waffen nieder!

Wir bleiben dabei: Krieg schafft keinen Frieden. Mehr Waffen und mehr Militär verschärfen die weltweiten politischen und humanitären Probleme. Die mit deutschen Waffen angeheizten Kriege treiben Menschen in die Flucht, verursachen zunehmend Armut, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Auf die Sitze getrieben wird diese Politik durch die Sammelabschiebungen von Asylbewerbern in Bundeswehr-Kriegsgebiete wie Afghanistan.

Unser türkischer NATO- und „Flüchtlings-Deal“-Partner unterdrückt zunehmend jede oppositionelle Regierung

und führt Krieg im eigenen Land und in Syrien. Der sog. „Kampf gegen den Terror“ heizt den Terror weiter an. Das neuerliche Säbelrasseln zwischen Russland und der NATO löst keines der Sicherheitsprobleme der Staaten vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer. Zu Verhandlungen und Ausgleich der Interessen gibt es keine vernünftige Alternative.

Aus unserer Stadt beteiligen sich wie in jedem Jahr am Ostermontag Bürgerinnen und Bürger am Ostermarsch.

Treffpunkt ist um 11.30 Uhr in Niederrad (Bruchfeldplatz). Ab 13.00 Uhr findet am Römerberg die Abschlußkundgebung statt.

Doch die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig in immer mehr Staaten geschickt. Bis 2030 sollen 130 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden. Gleichzeitig fehlen überall Gelder für Bildung, Soziales und ökologischen Umbau. Die in Büchel stationierten US-Atomwaffen werden modernisiert, anstatt dass die Bundesregierung auf eine „atomare Teilhabe“ verzichtet und deren Abzug durchsetzt.

Die innere Militarisierung schreitet voran durch Schüren von Terrorangst, Gerede über einen Bundeswehrein-satz im Inneren und die Werbeoffensive der Bundeswehr zur Rekrutierung junger Menschen.

Wir wollen

- das Ende der Kriege und der deutschen Kriegsbeteiligung
- den Stopp aller Rüstungsexporte aus Deutschland und Konversion der Rüstungsindustrie
- Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und Rechtspopulismus bekämpfen
- eine EU-Politik für den Schutz und die Entwicklung lokaler Wirtschaft in Entwicklungsländern
- Solidarität mit Migrant_innen und eine humane Flüchtlingspolitik
- Solidarität mit dem türkischen gewaltfreien Widerstand gegen eine neue Diktatur
- internationale Kooperation, z.B. im Rahmen der OSZE, statt militärischer und wirtschaftlicher Drohungen

Deshalb demonstrieren wir beim Ostermarsch gemeinsam für eine Welt ohne Terror, Hass und Unterdrückung, für Frieden, Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

VORANZEIGE

1. Mai 2017

**Kundgebung
des DGB**

**Bürgerhaus
Mörfelden**

10 Uhr

„Und sie sägten an den Ästen, auf denen sie saßen und schrien sich zu ihre Erfahrungen, wie man besser sägen könne. Und fuhren mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen beim Sägen, schüttelten die Köpfe und sägten kräftig weiter.“

BERTOLT BRECHT

Trump (er forderte gerade mehr Atomwaffen) wurde gefragt: „Die USA haben seit 1945 keine Atomwaffen eingesetzt. Wann sollten sie es tun?“

Trump: „Als absolut letzte Möglichkeit. Und, wissen Sie, das Wort lautet unberechenbar. Man muss unberechenbar sein. Bei Nuklearem geht es einfach um die Macht.“

Nach wie vor sind alle Aussagen zu Trumps zukünftiger Militärpolitik reine Spekulation. Die meisten seiner Vorhaben setzen nur die Politik seines Vorgängers fort, so die militärische Konzentration auf den pazifischen Raum mit dem Ziel der Eindämmung Chinas und auch die Aufrüstungspläne einschließlich der Nuklearstrategie mit Erstschlagsoption.

Unterschiedliche Kapitalinteressen sind aber unübersehbar. Es bleibt gefährlich. Kriege aus Profitinteressen sind schließlich oft so entstanden.



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Billigflieger auf Rhein-Main - das hat uns gerade noch gefehlt

Schnäppchenjäger reiben sich die Hände. Für 29,99 Euro nach Budapest. Wie das geht, weiß man: Niedriglöhne, Ausbeutung, Abbau von Service bis hin zur Sicherheit.

Vor allem in der Flughafenregion fragt man: Wurden dafür riesige Waldflächen gerodet? Dafür Beton, Krach und Dreck?

Die vorgelegten Flugprognosenrechnungen der Fraport waren falsch, ein neues Terminal 3 nicht notwendig. Da füllen wir den Himmel und das Terminal halt mit Billigfliegern.

Dass Ryanair kommt, ist bekannt. Nun will Wizz Air im März an den Start gehen. Die nächsten Billiganbieter sind

schon in der Warteschleife. Konkurrenzkampf am Frankfurter Flughafen, sagt man. Fraport bietet attraktive Rabatte für Neukunden. Gut für die Konzernbilanzen - schlecht für das Umland.

Sollte das Fraport-Geschäftsmodell aufgehen, werden immer mehr Billiganbieter nach Frankfurt kommen. Mehr Flugzeuge bedeuten mehr Lärm, mehr Luftverschmutzung - am Tag, aber auch in der Nacht.

Die Belastung steigt, die Lebensqualität sinkt weiter. Aber Fraport hätte endlich Mieter für Terminal 3. Wird das Milliardenprojekt jetzt Abfertigungsstelle für Billigflieger?

Fluglärm führt zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Ein Durchbruch bei der Lärmforschung. Eine neue Studie der Kardiologie der Universitätsmedizin Mainz entschlüsselt Mechanismen, die für Gefäßschäden infolge von Fluglärm verantwortlich sind. Fluglärm führt langfristig zu einer vermehrten Ausbildung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. 2013 ist es der Arbeitsgruppe von Professor Münzel gelungen nachzuweisen, dass simulierter Nachtfluglärm das Stresshormon Adrenalin erhöht, die Schlafqualität vermindert und einen Gefäßschaden auslöst. Die molekularen Mechanismen dieser Gefäßschädigung waren bis jetzt jedoch unbekannt. In einem neu entwickelten Tiermodell konnten die Wissenschaftler nun messbar feststellen, dass Fluglärm eine deutliche Erhöhung der Stresshormone, eine Gefäßfunktionsstörung, erhöhten oxidativen Stress in den Gefäßen und eine deutliche Änderung der Expression von Genen in der Gefäßwand nach sich zieht.

Keine dritte Startbahn in Wien

Gemeinden, Bürgerinitiativen und Privatpersonen klagten erfolgreich gegen drohende Umweltschäden und erhöhten CO₂-Ausstoß.

Das österreichische Bundesverwaltungsgericht entschied gegen eines der größten Unternehmen des Landes. Der Flughafen Wien darf keine dritte Piste bauen.

Dem Entscheid des Richtersenats war ein zehnjähriger Streit um den Ausbau des im Südosten der österreichischen Hauptstadt gelegenen Flughafens vorausgegangen. 28 Gemeinden, Bürgerinitiativen und Privatpersonen hatten gegen drohende Umweltschäden und erhöhten CO₂-Ausstoß geklagt. Die Stadt Wien befürwortete das Projekt einer dritten Startbahn, wollte allerdings garantiert wissen, dass die Belastungen der Bevölkerung minimiert werden. Dass dies unmöglich sei, geht aus dem Schiedsspruch des Bundesverwaltungsgerichts hervor. Die Richter wiesen darauf hin, dass das Interesse am Schutz vor den negativen Folgen höher zu bewerten ist.

Immer mal wieder an den „blickpunkt“ denken!

Unser Spenden-Konto:

Kreissparkasse GG,
IBAN DE37 5085 2553 0009 0034 19



Die 200. Montagsdemonstration im Frankfurter Flughafen war sehr beeindruckend. Auch diese „Veteranen“ aus unserer Stadt waren dabei.

Seit nunmehr über 5 Jahren demonstrieren AnwohnerInnen Montag für Montag gegen den ständig weiter wuchernden Flughafen. Gegen Fluglärm und Luftverschmutzung.

Die Bürgerinitiativen haben einen langen Atem. Auch bei der 200sten Montagsdemo forderten sie u.a.: Kein weiterer Ausbau. Kein Terminal 3. Keine Nachtflüge. Keine Starts oder Landungen zwischen 22 und 6 Uhr.

Stadtgeschichten



Ein Blick auf die Theke im Laden der Bäckerei Wenz in Mörfelden in der Wolfsgartenstraße Nr. 4, Ecke Friedrichstraße, etwa im Jahre 1958. Wir sehen rechts den Bäcker Wilhelm Wenz und links seine Frau Margarethe Wenz geborene Knodt mit ihrer Nichte Inge Knodt. Vom Sohn Ludwig Wenz, ebenfalls von 1954 bis 1989 in der Bäckerei tätig, war die folgende interessante Geschichte zu erfahren. Das Haus, in dem sich die Bäckerei heute noch befindet, hat im Jahre 1895 der Bäcker und Nebenerwerbslandwirt Johannes Küchler gebaut. Er betrieb die Bäckerei viele Jahre und verkaufte sie dann an den aus dem Odenwald stammenden Bäcker Flath. Dieser führte das Geschäft wiederum bis zum Jahre 1937 und verkaufte es an den Mörfelder Bäcker Wilhelm Wenz. Sein Sohn Ludwig, der im Jahre 1954 bei seinem Vater anfang, seine Lehre absolvierte, den Meisterbrief erwarb, hat im Jahre 1970 das Geschäft übernommen. Eines Tages kam ein Mörfelder „Bub“ namens Klaus Küchler zu ihm und wollte Bäcker werden. Er machte bei ihm eine dreijährige Bäckerlehre, arbeitete einige Jahre bei ihm als Geselle, dann ging er nach Groß-Gerau und erlernte dort das Konditorhandwerk. Er kam dann wieder zur Bäckerei Wenz, wurde Bäckermeister und kaufte im Jahre 1989 das Haus mit Bäckerei. Somit schloss sich der Kreis und der Urenkel des Erbauers, wieder ein Küchler und wieder ein Bäcker, war nach vielen Jahren wieder Besitzer des Hauses mit Bäckerei und Laden. Der Uropa würde sich freuen, zumal sich die Versorgung der Bevölkerung mit Backwaren drastisch verändert hat. Im Jahre 1937, als der Bäcker Wenz das Geschäft übernahm, hatte der Ort Mörfelden etwa 5200 Einwohner und es gab 9 Bäckereien. Heute hat allein der Stadtteil Mörfelden ca. 16.000 Einwohner und es gibt nur noch eine Bäckerei, die ihre Backwaren noch nach alter Tradition selbst herstellt - und das ist die Bäckerei Klaus Küchler.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

Konzert Lisa Akuah & Georgie Fisher mit Xang
Freitag, 10.03.2017, 20 Uhr, Eintritt 8,-/5,- (erm.),
VVK im KuBa

Internationales Frauenfest
Samstag, 11.03.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Ri-Ra-Rost-Café: Osterbasteln.
Mittwoch, 15.03.2017, 14:30 - 17:30 Uhr, Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet: Pop und Rock, Oldies der
60er und 70er Jahre
Donnerstag, 16.03.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Country und Blues Jam Session
Freitag, 17.03.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Das 7. Krimidinner
Samstag, 18.03.2017, 20 Uhr, Eintritt: 25,-/20,- (erm.), VVK

Bal-Folk-Session. Ein Treffen für Musiker
Mittwoch, 22.03.2017, 19-23 Uhr, Eintritt 1,-

Quiz
Freitag, 24.03.2017, 20 Uhr, Eintritt frei

Depeche Mode Party
Samstag, 25.03.2017, 20 Uhr, Eintritt: 3,-

Kommt und seht! Reise in ein besetztes Land
Dienstag, 28.03.2017, 20 Uhr, Eintritt frei
H. Roth und B. Heyl geben einen Einblick in die Geschichte des
Nahostkonfliktes und berichten von ihrer Reise im Oktober 2016.

Unser Lexikon

Schbrisch

En Mann
ohne Kopp bleibt
soin Lebdaach
en Krippel.

Ein Leser dachte dabei an Trump.